

## Politik für Freiheit und Verantwortung

## Liberele Öffnungszeiten in NRW erhalten

Freiheit und Verantwortung – das sind die beiden Grundprinzipien der Liberalen. Sie gelten insbesondere auch für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der FDP. Das Ladenöffnungsgesetz NRW ist ein gutes Beispiel dafür. Die FDP hat gemeinsam mit der CDU frühzeitig einen Paradigmenwechsel eingeleitet: Aus dem Ladenschlussgesetz von 1956 wurden freie Öffnungszeiten in Nordrhein-Westfalen. Seit 2006 gilt nicht mehr das Ladenschluss-Diktat des Staates. Seitdem entscheiden vor allem Kaufleute und Kunden, wann sie ihre Geschäfte öffnen und ihre Einkäufe tätigen.

Das liberale Ladenöffnungsgesetz hat eine Wachstums-Dynamik freigesetzt. Im Handel sind neue Arbeitsplätze entstanden. Neue Jobs für junge Leute, Studenten, Alleinerziehende, ebenso wie für ältere Menschen und Fachverkäuferinnen und Fachverkäufer. Das Ladenöffnungsgesetz (LÖG) von Union und FDP trägt der veränderten Lebensgewohnheit der Menschen Rechnung und wird von einer überwältigenden Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger akzeptiert. Das LÖG steht für eine liberale Erfolgsgeschichte.



Auch die Regelung für verkaufsoffene Sonntage ist bei den Bürgerinnen und Bürgern auf große Unterstützung gestoßen. So konnten sich in den großen Städten überregionale Shopping-Events ebenso wie viele Straßenfeste in kleineren Gemeinden etablieren. Verkaufsoffene Sonntage werden von den Menschen geschätzt und beleben unsere Städte.

SPD und Grüne in Nordrhein-Westfalen haben die Uhr wieder zurückgedreht: An Samstagen gilt zukünftig ab 22 Uhr wieder ein Verkaufsverbot. Und die Anzahl der verkaufsoffenen Sonntage wird in den Kommunen willkürlich auf elf beschränkt. Experten haben in der öffentlichen Anhörung des Wirtschaftsausschusses im Landtag bestätigt: Diese Beschränkung ist nicht sinnvoll. Denn das Gesetz schreibt vor: Pro Verkaufsstelle darf es höchstens vier verkaufsoffene Sonntage pro Jahr geben. Eine Beschränkung der Sonntage insgesamt pro Kommune reduziert jedoch deren Handlungsfreiheit. Gerade in den großen Städten müssen sich zukünftig kleine Stadtteile gegenseitig Konkurrenz machen.

Die FDP-Landtagsfraktion fordert SPD, Grüne und Landesregierung auf,

- die bisherigen Öffnungsmöglichkeiten an Sonn- und Feiertagen beizubehalten;
- auf eine Beschränkung der Öffnungszeiten an Samstagen zu verzichten;
- auf eine Beschränkung der verkaufsoffenen Sonntage auf elf Kalendertage pro Jahr und einen bürokratischen Anlassbezug zu verzichten;
- Bäckern und Floristen zu erlauben, ihr Geschäft an Ostern, Pfingsten und Weihnachten an beiden Feiertagen zu öffnen.

Den Gesetzentwurf der Landesregierung bewertet die FDP als Rückschritt – denn er produziert neue Bürokratie. Er schränkt die Entscheidungsfreiheit von Kaufleuten und Bürgern ein. Er wendet sich gegen Mittelstand und gegen die Lebensgewohnheiten der Menschen.

- [FDP-Antrag: Ladenöffnungsgesetz hat sich bewährt](#)
- [Landtagsrede von Ralph Bombis, mittelstandspolitischer Sprecher](#)
- [YouTube: Ralph Bombis zum Ladenöffnungsgesetz](#)

## Für eine freie Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik

„Ich bedaure, dass die Grünen nicht die Großzügigkeit für die wesentlichste und grundlegendste Regel der Gesellschaftspolitik haben: Leben und leben lassen.“

**Christian Lindner, Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion**

- [Rede in der Aussprache zur Regierungserklärung am 13. September 2012](#)

„Durch die liberalen Öffnungszeiten sind in NRW über 20.000 neue Arbeitsplätze entstanden. Und die Akzeptanz in der Bevölkerung ist riesengroß.“ **Ralph Bombis, mittelstandspolitischer Sprecher der FDP-Landtagsfraktion**

- [Pressemitteilung: Neuer Ladenschluss gefährdet Weihnachtsmärkte in Stadtteilen](#)

„Rot-Grün geht es um die Umerzierung der Menschen. Was Ministerin Steffens als richtig empfindet, müssen auch alle anderen in diesem Land richtig finden. Das ist die grüne Doktrin.“ **Joachim Stamp, stellvertretender Vorsitzender der FDP-Landtagsfraktion**

- [Pressemitteilung der Abgeordneten Schneider und Stamp: Nichtraucher schützen – Brauchtum respektieren – Raucher nicht diskriminieren](#)

## Nichtraucher schützen – Raucher nicht diskriminieren

Am 1. Mai 2013 tritt die Neuregelung des Rauchverbotes in NRW in Kraft. SPD und Grüne hatten im Landtag gegen die Stimmen der FDP ein totales Rauchverbot für alle Eckkneipen, separate Raucherräume und Festzelte verabschiedet. Nichtraucherschutz sei wichtig, betonte die gesundheitspolitische Sprecherin der FDP, Susanne Schneider. Allerdings: „Die zusätzlichen Verbote sind nicht verhältnismäßig!“

- [Raucher nicht diskriminieren – Entschließungsantrag der FDP-Fraktion](#)